

Bundeskanzler Schüssel fordert im KURIER-Gespräch restriktivere Zugangsbeschränkungen für ausländische Beschäftigte, um damit die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen

„DEN ZUZUG EINBREMSEN“

VON MARGARETHA KOPEINIG

Um die Arbeitslosenrate in Österreich zu senken und den Arbeitsmarkt zu entlasten, verlangt Bundeskanzler **Wolfgang Schüssel** strengere Regelungen für den Zuzug sowie für die Familienzusammenführung. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen dem Kanzleramt sowie dem Innen- und Justizressort über die Festlegung der Quote für ausländische Arbeitskräfte für 2006, bestätigt der Sprecher von Innenministerin Liese Prokop (ÖVP).

Die Niederlassungs-Verordnung beschränkte die Zuwanderung für 2005 mit 7500 Personen. 2006 dürfte



SOMMER- GESPRÄCH MIT DEN PARTEICHEFS

die Quote demnach entsprechend niedriger ausfallen.

Schüssel begrüßt die geplante Verschärfung des Staatsbürgerschaftsrechtes. „Die Reform der Einbürgerung wird der wichtigste Punkt der Regierungsklausur am 13. und 14. September sein“, sagt der Sprecher des Justizministeriums.



ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel verlangt strengere Zugangsbeschränkungen für ausländische Arbeitskräfte. Er will auch striktere Regelungen für den Nachzug und für Einbürgerungen

KURIER: Herr Bundeskanzler, die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt. Was machen Sie dagegen?

SCHÜSSEL: Die gute Botschaft ist, dass die Beschäftigung verglichen mit 2004 um ein Prozent gestiegen ist. Das sind 32.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die schlechte Botschaft ist, dass die Zahl der Arbeitslosen in einem Jahr um 12.500 gestiegen ist. 8000 davon sind Inländer, 4500 sind Ausländer. Es gibt noch immer eine gigantische Zuwanderung. Wir müssen gut überlegen, ob wir den Zuzug einbremsen sollen und wie es mit den Nachzugsregelungen ist. Wir gießen ja auch das Staatsbürgerschaftsrecht in eine neue Form. Die Übergangsfristen für den freien Personenverkehr bleiben aufrecht.

Planen Sie ein neues Konjunkturpaket?

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet: Die Lehrlingsprämie, zusätzliche Gelder für die Forschung. Seit Jänner ist die Steuerreform in Kraft. Die Maßnahmen greifen nicht sofort. Wir fordern eine

Garantie für EU-Gelder für die ländliche Entwicklung und für Bauern.

Caritas-Direktor Michael Landau beklagt, dass in Österreich Ökologie, Ökonomie und Soziales aus der Balance kommen und die Regierung über ihren eigenen Armutsbericht schweigt. Hat die ÖVP ihr soziales Gewissen verloren?

Dem möchte ich entschieden widersprechen. Wir haben für kleine Einkommen viel gemacht. Wir haben eine Sozialquote von 30 Prozent, die über dem Schnitt liegt. Wir geben mehr für Pensionen aus als andere. Es gibt bei uns keine Altersbegrenzung für Operationen. Kein Land hat einen Versichertenstand von 98 Prozent in der Sozialversicherung. Das soziale System ist durch unsere Reformen sicherer geworden.

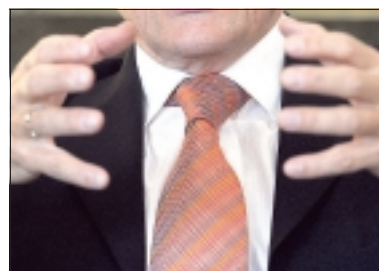
Begrüßen Sie es, wenn die Türkei ihr Beitrittsgebet zurückzieht?

Ich glaube nicht, dass sie es tun werden. Die Verhandlungen liegen mehr im Interesse der Türkei als im Interesse Europas.

Warum hat Österreich keine Partner für sein Anliegen gefunden, mit der Türkei eine Alternative zum EU-Beitritt zu verhandeln?

Ich bin nicht pessimistisch. Wir haben als Erste formuliert, was am Ende herauskommen wird. Ich sage voraus, dass sich die Dinge in unserem Sinne entwickeln werden.

Ist die privilegierte Partnerschaft



„In der Türkei-Frage sind wir auf der sicheren, vor allem auf der ehrlichen Seite.“

im österreichischen Sinne?

Der Beitritt als Option darf nicht ausgeschlossen werden, wenn alle Bedingungen erfüllt sind. Wenn eine nicht gegeben ist, braucht es eine Alternative. Es ist klug, sich über Alternativen den Kopf zu zerbrechen.

Bereuen Sie heute, bei all den Türkei-Entscheidungen auf Rats-Ebene ein Veto eingelegt zu haben?

Den Vorwurf weise ich deutlich zurück, dass wir irgendetwas versäumt hätten. Wir haben der Türkei gesagt, die Sache ist schwierig. Wir drängen seit Jahren auf Reformen.

Bei der EU-Skepsis der Bürger rangiert Österreich mit Großbritannien an letzter Stelle. Wie kommt es dazu?

Von solchen Rankings halte ich nichts. Ich rede mit vielen Leuten, die Erweiterung um die zehn Neuen ist akzeptiert. Die Skepsis kommt von der Überregulierung und mit problematischen EuGH-Urteilen.

In der Aufnahme der Balkan-Länder sehen Sie kein Akzeptanz-Problem?

Die Balkan-Länder brauchen die EU-Perspektive für Reformen und den Versöhnungsprozess. Die Kosovo-Frage lässt sich nur dann lösen, wenn sich die Region im größeren Europa wiederfindet.

Stimmt es, dass Sie Hirschmann ein EU-Mandat angeboten haben, um ihn von einer eigenen Kandidatur abzuhalten?

Ich habe bei der Erstellung der Kandidatenliste vor eineinhalb Jahren viele Gespräche geführt. Das war lange vor der Landtagswahl.

Wussten Sie von Zahlungen ÖVP-naher Kreise an Hirschmann?

Warum sollte ich.

Werden Sie Maßnahmen gegen den hohen Benzinpreis ergreifen?

Kein europäischer Politiker kann die internationale Preispolitik auf dem Ölmarkt kompensieren. Wir steuern mit dem Kilometergeld dagegen. Es ist bei uns höher als in anderen Ländern. Mit der Steuerreform werden die Pendler entlastet.

EUROPA VON INNEN

Think Tank für einen Europäischen Bundesstaat

Karl Koller hat sich große Ziele gesetzt. Gemeinsam mit seinen Kollegen vom Verein **Nova Europa** will er für die Idee der Bildung einer „Europäischen Föderation“, eines Europäischen Bundesstaates, werben.

Diese Föderation, erklärt Koller, müsste durch eine Staatengruppe rund um Frankreich und Deutschland, gebildet werden. Die Gründerstaaten der EU bilden eine Art Kerneuropa, Österreich sollte auf jeden Fall dazugehören.

Die Mitglieder des ÖVP-nahen Vereins – sie definieren sich als „christlich-sozi-

ale Plattform für ein föderatives Europa“, verstehen sich als Think Tank, als Ideenwerkstatt zur Zukunft Österreichs und Europas.

PROMINENZ Bekannte Mitglieder sind Ex-ÖVP-Vizekanzler Josef Riegler, der ehemalige Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser, Alt-ÖVP-Klubobmann Friedrich König oder die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete Ingrid Korosec und deren Sohn Christoph.

Derzeit werde am Grundlagenpapier „Vision 2020“ gearbeitet, erzählt Koller. Dem Verein gehe es nicht

um schnelle Lösungen für Europa. „Wir wollen die vorrangige Stellung der Politik über die Wirtschaft wieder herstellen.“ Angesichts der globalen Wirtschaft brauche es wirtschaftspolitische Akteure, die grenzüberschreitend handeln.

Koller ist überzeugt, dass nur ein Europäischer Bun-

desstaat in der Lage wäre, eine Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik „aus einem Guss“ zu betreiben und damit den Standortwettbewerb in Europa zu überwinden. „Wir haben uns lange gefreut, gegenüber Deutschland einen Wettbewerbsvorteil durch niedrigere Steuern zu haben, bis die

Slowakei uns mit niedrigeren Steuern ausgebootet hat“, erläutert Korosec das Problem.

Im Gegensatz zu den europäischen Nationalstaaten wäre eine Europäische Föderation nicht mehr Spielball, sondern ein ernst zu nehmender globaler Akteur. „Wir könnten die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die Globalisierung und die Umweltproblematik, aktiv angehen und in unserem Sinn mitgestalten.“

KLEINSTAATEREI Ein Europäischer Bundesstaat wäre durchaus im Interesse der breiten Bevölkerung, glaubt Koller. Europa könne damit zu einer Politik der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren, als einzelner Kleinstaat habe man dagegen nur ge-

ringen wirtschaftspolitischen Spielraum. „Die Kleinstaaterei schadet den kleinen Leuten“, sagt Koller.

Kein Wunder, dass die Befürworter eines Kerneuropas skeptisch gegenüber einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sind. „Die Türkei passt eigentlich nicht zu Europa, weder geografisch noch kulturell“, betont Koller.

Koller und die Mitglieder des Vereins sind sich bewusst, dass sie mit ihrer Initiative eine nur schwer umzusetzende politische Idee verfolgen. Er zitiert dazu den deutschen Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl: „Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte.“

– BERNHARD GAUL

► INTERNET
<http://www.nova-europa.org>



Karl Koller vom Verein Nova Europa fordert einen Europäischen Bundesstaat. Nur so könne Europa wieder ein Global Player werden